

Redaktion und Verlag:  
Berlin SW 68, Lindenstr. 3  
Fernsprecher: 17 Amt Dönhof 292 bis 297  
Telegrammbriefe: Sozialdemokrat Berlin

BERLINER VOLKSBLATT



In Groß-Berlin 10 Pf.  
Auswärts..... 10 Pf.  
Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise  
siehe Morgenausgabe

## Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

### Er klammert sich fest Papen will Verhandlungsbetrieb

Das Kabinett des Herrn von Papen erzeugt täglich ein anderes Projekt, wie es sich nach dem Ergebnis der Wahl vom 6. November im Amt erhalten könnte. Es klammert sich an den Sesseln fest. Umbilden, ja, aber zurücktreten, nein.

Die gestrige Kabinettsitzung hat sich mit der Lage nach der Wahl beschäftigt. Herr von Papen soll heute und morgen mit den Ministerpräsidenten der Länder verhandeln, die zum Reichsrat nach Berlin kommen. Er soll dann, angeblich im Auftrag des Reichspräsidenten, mit den Partei-

### Sahm bei Papen Die Finanznot Berlins

Im Anschluß an die Besprechung mit den Vorstandsmitgliedern des Deutschen Städtetages empfing der Reichskanzler Oberbürgermeister Dr. Sahm und Stadtkämmerer Ksh, die die Finanz- und Kassenlage der Stadt Berlin eingehend darlegten.

Führern sprechen, Anfang der nächsten Woche will er die süddeutschen Länderregierungen besuchen — kurzum, ein großer Verhandlungsbetrieb soll aufgezogen werden.

Das alles sieht nach Kabinettskrise aus. Es ist kein Zweifel, daß für das Kabinett des Herrn von Papen ein neues Kabinett gesucht wird. Der Unterschied gegen frühere Kabinettskrisen besteht lediglich darin, daß das alte Kabinett nicht zurückgetreten ist, sondern daß sein Chef selbst die Verhandlungen führt.

Mit dieser Methode versucht der Chef des Kabinetts der Barone weiter als Vertrauensmann des Reichspräsidenten zu firmieren, obwohl er ein ganz unzweideutiges Mißtrauensvotum bei der Reichstagswahl erhalten hat. Pflicht des Reichspräsidenten ist es, das Mißtrauensvotum des Volkes gegen den Herrn von Papen und seine Regierung zu vollstrecken — auch gegen den Willen des Herrn von Papen selbst!

Denn dieser Mann muß fort! Das ist eine Forderung, die von allen großen Parteien vertreten wird! Ueber diesen Mann hat ein Volksgericht unzweideutig entschieden. Alle Deklamationen über die Vorsehung nach dem Muster Friedrich Wilhelms IV. schaffen dies Volksurteil nicht aus der Welt.

### Sofort Reichstag!

KPD. fordert Einberufung, um Mißtrauensanträge einbringen zu können

Die Reichstagsfraktion der KPD. hat an den Reichstagspräsidenten Göring das Ersuchen gerichtet, sofort die Einberufung des Reichstags zu veranlassen.

Als Tagesordnung wird vorgeschlagen, die Mißtrauensanträge der KPD. gegen die Reichsregierung und ihre einzelnen Mitglieder zu verhandeln. Außerdem ist noch eine Reihe weiterer kommunistischer Anträge vorgesehen.

### Kinderheim abgebrannt

Bei Zürich brannte ein Heim ab, das 80 schwer erziehbare Kinder beherbergte. Drei der jungen Bewohner wurden bisher als Leichen geborgen, neun weitere werden vermisst. Die Ursache des Brandes konnte noch nicht geklärt werden.

## Schweres Blutbergießen in Genf

Demonstration gegen Antisozialismus auseinandergeschossen

Eigener Bericht des „Vorwärts“

Genf, 10. November.

Am Mittwoch abend ereigneten sich in Genf aus Anlaß einer Antikriegsfundgebung schwere Zusammenstöße zwischen Demonstranten und Militär. Elf Personen wurden getötet, viele verletzt.

Eine Gruppe rechtsbürgerlicher Politiker, genannt „Nationale Union“, hatte eine antisozialistische Versammlung einberufen. Die Sozialistenführer haben daraufhin ihre Anhänger zu einer Gegendemonstration aufgefordert. Die Regierung bot Polizei sowie eine Kompanie Soldaten auf, um Unruhen zu verhindern. Als die Menge die Truppen anrück sah, nahm sie angeblich eine drohende Haltung ein, Soldaten sollen entwaffnet, andere verletzt worden sein. Gegen zehn Uhr abends erhielten die Soldaten Befehl, scharf zu schießen. Es wurde aus einem Maschinengewehr geschossen.

### Miliz aus Lausanne hat geschossen

Eigener Bericht des „Vorwärts“

Genf, 10. November.

Das Zusammengehen mit den Kommunisten und die Anwendung ihrer Methoden hat der von einem Nationalsozialisten verheißene Genfer Arbeiterschaft bis jetzt 12 Todesopfer und 40 Verwundete gekostet. Um eine nationalsozialistische Scharverammlung zu sprengen, forderten der Genfer Sozialistenführer Nicolé und ein Kommunist zur Revolution auf. Mit den Worten: „Hoch die Sowjets!“ versuchten die Massen gegen den Versammlungsraum vorzudringen, dessen Zugangsstraßen von Polizeiketten abgesperrt waren. Bezeichnenderweise hatte die Genfer Bourgeoisregierung 600 Miliz-

soldaten aus der Lausanner Rekrutenschule mit Maschinengewehren und scharfer Munition schon am Nachmittag in die Genfer Kaserne verlegt. Die bedrängte Polizei alarmierte die Truppe, und die

scharf nach vergeblichen Aufforderungen zum Auseinandergehen und teilweiser Entwaffnung durch die erregte Menge mit Maschinengewehren.

Zahlreiche Soldaten sind durch Steinwürfe, Tritte und Schläge leicht verletzt. Die halbe Nacht hindurch zerstreute die Polizei Demonstrationen. Genf, das schon 1927 blutige Zusammenstöße erlebte, ist heute in großer Erregung.

### Abg. Nicolé verhaftet

Eigener Bericht des „Vorwärts“

Genf, 10. November.

Die Zahl der Schwerverwundeten beträgt 65, davon befindet sich noch eine ganze Reihe in Lebensgefahr. Der Chefredakteur der sozialdemokratischen Zeitung „Travail“, Nationalrat Nicolé, wurde um 10 Uhr in seiner Wohnung verhaftet; er wird der Anstiftung zum Aufruhr und Widerstand gegen die Staatsgewalt beschuldigt. Die Kommunisten Tronchet und Lebet haben sich der Verhaftung durch die Flucht entzogen. Linienmiliz und Landwehr sind auf Alarmzustand gesetzt, die 600 Mann der Lausanner Rekrutenschule haben in Genf zu bleiben. Starke Patrouillen durchziehen die Straßen. Die Polizeiposten sind überall verstärkt worden. Die Organisationen der Chauffeure haben der Regierung mitgeteilt, daß keines ihrer Mitglieder Truppen transportieren werde. Genf steht vor dem Generalstreik, der nach Rückkehr des Vorstehenden der Genfer

Gewerkschaften am heutigen Nachmittag ausgerufen werden dürfte.

Die Bauarbeiter und Transportarbeiter haben beschlossen, sofort nach der Parole der Gewerkschaftszentrale die Arbeit niederzulegen.

Die Vorstehenden der schweizerischen Sozialdemokratie, die Nationalräte Reinhardt und Grimm, waren heute früh von 5 bis 7 Uhr in Genf, wo sie sich mit den hiesigen Führern der Partei ausgesprochen haben. Sie haben sich solidarisch erklärt mit der Genfer Bewegung und wollen Protestveranstaltungen gegen den Genfer Arbeitermord in der ganzen Schweiz organisieren. Die Parteileitung hat bereits einen Aufruf erlassen, in dem das Rätseln in Genf auf das schärfste verurteilt wird; eine von der Reaktion kommandierte Klassenkampftuppe habe in friedlich demonstrierende Arbeiter geschossen und den Tod von 12 Kameraden herbeigerufen. Gegen diesen Arbeitermord erhebt die Sozialdemokratie der Schweiz im Namen der schweizerischen Arbeiterschaft schärfsten Protest. Die Partei halte der Genfer Arbeiterschaft, die gegen eine vollkommen korrupte Verwaltung kämpft, die Treue. Die Sache der Genfer Arbeiter sei die Sache der schweizerischen Arbeiter. Die Partei werde alle Organisationen des Landes von den zu treffenden Maßnahmen baldigst unterrichten.

472 : 59

Der Umschwung in USA.

New York, 10. November.

Wie nunmehr endgültig feststeht, erhielt von den 531 Wahlmännern Roosevelt 472 und Hoover 59.

Frankreich hofft auf Schuldenmilderung

Eigener Bericht des „Vorwärts“

Paris, 10. November.

Nach dem Sieg Roosevelts hoffen die französischen Zeitungen, daß Amerika jetzt, wenn auch nicht in eine Annulierung, so doch in eine der schwierigen Wirtschaftslage entsprechende Herabsetzung der französischen Kriegsschulden einwilligen werde.

So schreibt das radikale „Devoir“: „Man hat Hoover vorgeworfen, deutschlandfreundlich zu sein. Wir verlangen von Roosevelt nicht, französisch freundlich zu sein. Wir bitten ihn und das amerikanische Volk nur, zu begreifen, daß das, was man uns so oft von der Rückwirkung der deutschen Reparationsschulden auf die Geschäftslage gesagt hat, auch auf die interalliierten Schulden zutrifft.“

Das „Petit Journal“ warnt davor, von der Wahl Roosevelts sofort die Annulierung der Schulden und allgemein eine neue Ära des Wohlstandes zu erwarten. Die Zeitung hält es jedoch für angebracht, von der neuen amerikanischen Regierung eine schmerzsame und den internationalen Notwendigkeiten besser angepasste Politik zu erhoffen.

Nach der hiesigen Ausgabe des „New York Herald“ hat sich der zur Zeit in Amerika weilende USA-Botschafter Edge-Paris folgendermaßen über das Wahlergebnis geäußert: „Das Land interessiert sich wenig für nachträgliche Kommentare. Jedenfalls hat die Wahl bewiesen, daß es sich nicht um Parteien und Kandidaten handelte. Die Wahl war vielmehr die Schlacht derjenigen, die an der Macht waren, gegen die beispiellose Agitation, die dem Zusammenbruch der letzten drei Jahre gefolgt ist. Präsident Hoover und die republikanische Partei sind das Opfer einer Lage, die weder die Vereinigten Staaten noch ein anderes Land zu bessern imstande waren.“

## Straßenschlacht in Chemnitz

Schwerer Landfriedensbruch der Hakenkreuzler

Eigener Bericht des „Vorwärts“

Chemnitz, 10. November.

Nach einer sozialdemokratischen Revolutionsfeier, an der etwa 3000 Personen teilnahmen, wurden die Versammlungsbefucher vor dem Kaufmännischen Vereinshaus, in dem die Feier stattgefunden hatte, von Nationalsozialisten überfallen. Im Au entwickelte sich eine Straßenschlacht, in deren Verlauf von den Nationalsozialisten in die Menge geschossen wurde. Auf beiden Seiten gab es mehrere Schwer- und Leichtverletzte. Ihre Zahl konnte noch nicht festgestellt werden, da nur ein Teil in die Krankenhäuser gebracht wurde, während vor allem die Nationalsozialisten ihre leichter Verletzten selbst wegtransportierten. Erst lange nach Mitternacht konnte die Ruhe wiederhergestellt werden. Ein Teil der Versammlungsbefucher mußte auf polizeiliche Anordnung im Saal bleiben und konnte erst in später Nachtstunde nach Hause gehen. Die polizeiliche Untersuchung ist noch im Gange.

Zu dem Vorfalle erfahren wir noch folgende Einzelheiten: Am vergangenen Montag war ein Nationalsozialist von Kommunisten niedergeschossen worden; er ist am Dienstag seinen Verletzungen erlegen. Durch diesen Vorfalle war die Stimmung in Chemnitz schon gereizt. Für

Mittwoch hatten die Nationalsozialisten eine Totenfeier auf dem Friedhof geplant, zu der das Polizeipräsidium wegen des Demonstrationsverbots nur eine Kranzdeputation zugelassen hatte.

Trotzdem waren uniformierte Nationalsozialisten in Scharen nach dem Friedhof gekommen. Dort folgten schwere Zusammenstöße mit der Polizei. Ueber die Gräber hinweg wurden die SA-Leute mit dem Gummiknüppel vertrieben. Zum Teil ging die Polizei mit gezogenen Pistolen gegen die SA vor.

Diese Vorgänge hatten die Stimmung bis zur Siedehitze erregt. Am Abend des 9. November wurde eine nationalsozialistische Versammlung abgehalten, gleichzeitig die sozialdemokratische Revolutionsfeier. Die Naziverammlung war früher zu Ende, und die SA, 300 gruppenweise vor das Kaufmännische Vereinshaus. Dort wurden dann die ahnungslos aus dem Saal herausströmenden Sozialdemokraten überfallen. Es entwickelte sich ein jurchbares Gemetzel, das sich über mehrere Straßenzüge ausdehnte. Der nationalsozialistische Ueberfall war pflanmäßig organisiert. Das ergibt sich schon aus der Tatsache, daß Hornisten zum Alarm bliesen.

# Der schwarze Drachen

Verhaftung

japanischer Mordfaschisten

Tokio, 9. November.

Am Zusammenhang mit der Festnahme des Führers der geheimen Organisation „Schwarzer Drachen“, Tuzjima, teilt die Polizei mit, daß mehrere Mitglieder dieser Organisation verhaftet wurden, die beschuldigt werden, am 15. Mai d. J. den japanischen Ministerpräsidenten Inukai ermordet zu haben. Ferner vermutet die Polizeibehörde, daß diese Mitglieder auch Vorbereitungen zu einem Anschlag auf den japanischen Kriegsminister Araki gelegentlich dessen Teilnahme an den Truppenübungen in Osaka getroffen haben.

# Schwindel mit Toten

Widerliches Hitler-Theater

Zur Reklametaktik der Nazis gehört es seit langem, immer wieder und wieder auf die ungeheure Zahl der Toten, die für die „Bewegung“ gefallen seien, theatralisch hinzuweisen.

„350 tote SA-Kameraden sind die stummen Blutzeugen der Bewegung“, so versichert Dr. Goebbels im „Angriff“ immer wieder. Hitler sprach in zahlreichen seiner Reden von 300 toten SA-Leuten. Diese bisher nicht nachprüfbar, aber offensichtlich zu hohen Zahlen werden nun durch eine Zusammenstellung der Totenlisten aus den Jahren 1923 bis zum November 1932 jetzt im „Völkischen Beobachter“ vom 9. November 1932 Lügen gestraft.

Diese Totenliste zählt 176 Opfer des Bürgerkrieges und 16 Opfer von dem „Marsch auf die Feldherrnhalle“ am 9. November 1923, insgesamt also 192 Tote. Unter den 176 angeführten Toten werden drei als „von Franzosen ermordet“ bezeichnet, darunter Schlageter, außerdem sind drei SA-Leute als „von der Polizei erschossen“ aufgeführt.

Es bleiben also, vorausgesetzt, daß die übrigen noch nachzuprüfenden Angaben richtig sind, insgesamt 170 Opfer des Bürgerkrieges, den gerade die Nationalsozialisten entseffelt haben. Sache genauer Nachprüfung wird es noch sein festzustellen, ob nicht auch jene zahlreichen SA-Leute in dieser Liste mit aufgeführt sind, die als Opfer der Kommunisten oder Rotmord gemeldet wurden, bei denen es sich nachher herausstellte, daß sie durch Selbstmord oder durch die SA-Feme ums Leben gekommen sind.

# Protest der Intendanten

Gegen die Scholzerei

Die Richtlinien für den deutschen Rundfunk sind entstanden, ohne daß irgendein Fachmann dazu gehört wurde. Das Ergebnis war auch danach, liegt liegen sie dem Ausschuss des Reichsrats vor, der aber kein entscheidendes Veto dagegen einlegen kann, da, nach den gesetzlichen Bestimmungen, sie nur „in Einvernehmen“ mit ihm durchgeführt werden dürfen. Die letzte Entscheidung liegt beim Reich. Der Protest der Länder, der zu erwarten ist, wird sich selbstverständlich mehr auf Stellungnahme gegen die vom Reich erstrebte absolute Machtposition im Rundfunk richten als gegen geplante und teilweise bereits eingeführte programm- und sendetechnische Maßnahmen.

Auf der in Hannover abgehaltenen Konferenz der Intendanten kam es zu lebhaften Diskussionen gerade über diese Eingriffe in die Rundfunksendungen durch das Reich. Es wurde schließlich an die Reichsrundfunkgesellschaft ein Protesttelegramm abgesandt, das von sämtlichen deutschen Rundfunkintendanten und -direktoren unterzeichnet ist. Sie bringen darin ihr lebhaftes Befremden zum Ausdruck darüber, daß man den Rundfunk zu organisieren versucht, ohne die Rundfunkfachleute auch nur zu hören.

Die Reichsrundfunkgesellschaft und ihre Auftraggeber dürften von dem Telegramm nicht sehr erbaut gewesen sein. Immerhin stellt es, wenn auch reichlich spät, eine kleine Ehrenrettung der deutschen Funkintendanten dar, die nun endlich zeigen, daß sie die geistige Bedeutung ihrer Funktion doch höher bewerten als die feierliche Anerkennung ihrer Dienstbefähigung. —12.

# Gegen Lohnkürzungen

Protest in Frankreich

Paris, 10. November.

Der Verwaltungsausschuss des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes (CGT.) hat am Mittwoch einstimmig eine Entschließung angenommen, in der gegen die beabsichtigte Senkung der Beamtengehälter protestiert wird. Es heißt in der Entschließung u. a.:

„Die CGT. verurteilt von neuem jede Kürzung der Gehälter und Löhne, die unter den gegenwärtigen Umständen nur als eine Ausführung der Befehle der Wirtschaftsverbände angesehen werden könnte, die damit die Verschärfung ihrer Aktion zu erlangen versuchen und später, nach dem Be-

# Held bietet Handel an

Erst „Reservatrecht“ für Bayern — dann Reichsreform!

Regensburg, 10. November.

Zu den am Freitag beginnenden Beratungen im Reichsrat, zu denen sich auch Ministerpräsident Dr. Held als Vertreter Bayerns begibt, schreibt der „Regensburger Anzeiger“, das Blatt des Ministerpräsidenten, u. a.:

„Der Ministerpräsident betrachtet es als seine Pflicht in diesen verfassungspolitisch entscheidenden Wochen und Monaten für Bayerns Recht zu sorgen, so wie es in der Verfassung niedergelegt ist.“

Bayern bekämpft in Verfolgung dieses Standpunktes vor allem jede Verfassungsänderung und jede Reichsreform, die außerhalb des Rechts mit Gewalt durchgeführt wird.

Bayern lehnt eine Verfassungs- und Reichsreform grundsätzlich keineswegs ab. Die Reichsreformfrage muß durchgearbeitet werden, und zwar zunächst auf dem Wege und mit Hilfe der ordnungsmäßigen Instanzen, des Reichsrats und des

Reichstags. Dr. Held hat auch schon auf der Länderkonferenz erklärt, er könne sich eine Lösung denken, bei der alle Länder mitmachen können, wenn bestimmte Voraussetzungen gegeben sind. Wenn eine Verschlebung des Gleichgewichts in Deutschland stattfindet derart, daß Preußen entscheidend wird für den Reichswillen, dann müssen die verfassungsmäßigen Garantien gegeben werden, daß die übrigen Länder nicht durch die Verschlebung automatisch in ihren eigenen Rechten bedrängt und schließlich als selbständige Staaten abgesetzt werden.

Bekanntlich sind die bayerischen Forderungen im August d. J. in einer neuen Denkschrift zusammengefaßt und von Ministerpräsident Dr. Held in Verein mit Staatsrat Schäffer persönlich dem Reichstanzler überreicht worden. In seiner Rede vor der Wahl in Augsburg verlangte Ministerpräsident Dr. Held ausdrücklich

neue Reservatrechte für Bayern als Existenzgrundlage für die Zukunft des bayerischen

Staats. Diese neuen Reservatrechte sind zum Teil mit den alten staatlichen Reservatrechten Bayerns identisch, die es bis zur Revolution befehlen hat.

Besonders ist Grundbedingung für die Lösung der Reichsreformfrage, daß Bayern eine Finanzhoheit mit eigener Finanzverwaltung und eigenen Steuer- und Einnahmequellen wieder zurückerhält. Von einem Kugeln und staatsmännischen Eingehen der Reichsregierung auf diese berechtigten Forderungen Bayerns wird ein positives Ergebnis in der Reichsreformfrage abhängen. Der bayerische Ministerpräsident ist bereit, mit jeder Reichsregierung zusammenzuarbeiten, die Recht vor Gewalt gehen läßt, die die Länderrechte grundsätzlich achtet und die das, was sie versprochen hat, auch wirklich hält. Wenn Bayern Sicherungsmöglichkeiten verfassungsmäßiger Art gegeben werden, ist es jederzeit bereit, an der Reichs- und Verfassungsreform in föderalistisch aufbauendem Sinne mitzuarbeiten.“

# Wo ist Terror-Auto IA 71481?

Systematische Ueberfälle einer Nazihorde

Am letzten Freitag, zwei Tage vor der Reichstagswahl, trieb im Osten Berlins ein größerer SA-Trupp sein Unwesen. Die Hitler-Banden fuhrten in Stärke von etwa 50 Mann auf einem Lastauto durch die Straßen des Ostens und wo sich ihnen eine Gelegenheit bot, wurde auf einzelne Republikaner eingedroschen. Die erste größere „Aktion“ passierte in der Stralauer Straße.

Die Hitler-Bande drang in das dortige Reichsbannerverkehrslokal ein und zerstörte die ganze Einrichtung. Vier Reichsbannerleute mußten mit schweren Verletzungen durch Beamte des Ueberfallkommandos zur Rettungstelle gebracht werden. Die feigen Stroiche flüchteten und entkamen. Kaum eine Viertelstunde später, etwa gegen 23.30 Uhr, fand die Horde ein neues „Kampfbjekt“, nämlich 14 Reichsbannerleute, die mit der Drisoereins- und Kameradschaftsfahne von der Kundgebung im Sportpalast heimkehrten. Die Reichsbannerleute gingen ahnungslos durch die Kopenstraße. Als der kleine Trupp in die Lange Straße einbog, tauchte hinter ihnen plötzlich ein verdecktes Lastauto auf. Ein Pfeif ertönte und etwa 40 bis 50 Nazis sprangen von dem Wagen herunter. Mit allen möglichen Schlaginstrumenten hieben die Hitler-Gardisten auf die wenigen Reichsbannerleute ein. Sie hatten es zweifellos auf die beiden Fahnen abgesehen. Der geplante Raub mißlang jedoch. Als das alarmierte Ueberfallkommando auftauchte, flüchteten die Täter. Ein Reichsbannermann G., der auf den Tumult von seiner Wohnung auf die Straße eilte

und in seiner Eile einen Feuerhaken ergriffen hatte, kam zu spät, um seinen bedrängten Kameraden Hilfe zu bringen. Dafür lief er aber einem Schupo in die Arme, der dafür sorgte, daß G. vors Schnellgericht kam. G. wurde am Dienstag zu 4 Wochen Gefängnis verurteilt — natürlich ist sofort Berufung eingelegt worden.

Der Verurteilte würde es begrüßen, wenn sich ihm noch Zeugen zur Verfügung stellen und ihre Adresse im Lederwarengeschäft von Louis Großmann in der Andreasstr. 14 abgeben würden. Ein Reichsbannermann B. war von den Nazis niedergeschlagen und schwer verletzt worden.

Mehr als seltsam muß noch das Verhalten des Vorstehers und einiger Beamten des Reviers 88 anmuten. Zunächst wurde vom Revier an das Polizeipräsidium die Meldung gegeben, daß die Reichsbannerleute die Schlagerei herbeigerufen hätten. Woher mag das Revier für diese Behauptung ihre Unterlagen haben, wo doch nur Reichsbannerleute festgenommen worden waren, die stundenlang in der Arrestzelle auf dem Revier 88 festgehalten und dann erst in den Morgenstunden ins Polizeipräsidium transportiert wurden. Die Nazis waren sämtlich geflüchtet — auf ihrem Terrorauto entkommen. Wie also ist die Beschuldigung gegen das Reichsbanner zustande gekommen?

Im übrigen wird es höchste Zeit, daß die Polizeifische erklärt, wie weit die Untersuchung gegen den SA-Sturm gediehen ist, der zu seinen Untaten das Auto IA 71481 benutzte hat.

# verlezt. Die Verletzten wurden mit einem Hilfszug nach Gießen gebracht.

Soweit bisher feststeht, hielt der Güterzug, der von Gießen gekommen war, auf dem zweiten Gleis der Station Saasen, das als Ausweichstelle benutzt wird, und wartete den um diese Zeit aus Richtung Fulda eintreffenden Personenzug ab. Aus noch ungeklärter Ursache fuhr der Personenzug auf den Güterzug auf. Hierbei wurde ein Güterwagen zertrümmert, während von dem Personenzug der letzte Wagen entgleiste.

# Sturz vom Funkturm

Die unbekannte Lebensmüde

In den gestrigen späten Abendstunden stürzte sich eine etwa 28 Jahre alte Frau von der höchsten Plattform des Funkturmes in Wiesbaden in die Tiefe. Die Lebensmüde landete auf dem Dach des etwa 75 Meter tiefer gelegenen Funkturmrestaurants, wo sie mit schweren Verletzungen liegen blieb. Von der Feuerwehre wurde die Unglückliche unter schwierigsten Verhältnissen geborgen und ins Hildegard-Krankenhaus gebracht. Dort liegt die Frau noch immer ohne Bewußtsein danieder; die Kriminalpolizei versucht seit 24 Stunden vergeblich ihre Personalien zu ermitteln.

Kurz vor 23 Uhr erschien die Unbekannte am Fuße des Funkturms und bat den Fahrstuhlführer, sie auf die Plattform zu fahren. Der Fahrstuhlführer erfüllte wegen der späten Stunde nur widerstrebend den Wunsch der Frau. Schließlich erklärte er sich bereit und fuhr die Besucherin nach oben. Der Fahrstuhlführer erklärte der Frau gerade die Umgebung des Funkturms, als die Fremde auf die andere Seite der Plattform lief, sich dort über das Gefänder schwang und in die Tiefe stürzte. Ein Beamter der alarmierten Feuerwehre mußte von seinen Kameraden angeleitet und in die Tiefe gelassen werden. Unter großer Mühe konnte die Lebensmüde, die trotz ihrer furchtbaren Verletzungen lebte, geborgen werden.

schluß des Parlaments, einen Wettlauf um die Kürzung der Industrielöhne wieder aufnehmen würden. Gegen diese Möglichkeit, die nicht imstande ist, die Krise zu lösen und die für die Zukunft des Proletariats gefährlich ist, ist die Einigung aller gewerkschaftlich organisierten Kräfte notwendig.“

# Maskierte Räuber

Kassenraub — Besitzer erschossen

Eigener Bericht des „Vorwärts“

Bochum, 10. November.

In Buer-Eric, einem Stadtteil von Gelsenkirchen, drangen am Dienstag zwei maskierte Räuber in die Filiale eines Lebensmittelgeschäfts ein, in dem sich noch etwa 20 Personen zum Umtausch von Rabattdbüchern befanden. Der eine Räuber blieb an der Tür stehen und gab einen Schuß ab. Der zweite ergriff die Kasse, die die Tageseinnahme in Höhe von 300 Mark enthielt. In diesem Augenblick näherte sich von der Straße her der Hausbesitzer, ein 50jähriger Bergbauarbeiter. Einer der Räuber gab einen Schuß auf ihn ab, der den Hausbesitzer in den Kopf traf, so daß er kurze Zeit darauf starb. In der allgemeinen Verwirrung gelang es den beiden Räubern zu entkommen.

# Zugunglück bei Gießen

Reisende verletzt

Gießen, 10. November.

Heute früh, 7.23 Uhr, fuhr im Bahnhof Saasen auf der Strecke Gießen-Fulda ein von Fulda nach Gießen fahrender Personenzug auf einen Güterzug auf. Hierbei wurden mehrere Reisende

# Freigesprochene Nazis

Totschlag „nicht erwiesen“

Das Landgericht II sprach vier von den fünf Nazis, die teils wegen versuchten Totschlags und schweren Landfriedensbruchs, teils wegen einfachen Landfriedensbruchs, begangen am 28. Juni in Steglitz, angeklagt waren, frei, und verurteilte nur den Angeklagten Degener wegen unbefugten Waffenerwerbs und Waffenführung in Tateinheit mit Begünstigung zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis.

Der Prozeß gegen diese fünf Nazis, die mit ihren Gefinnungsgenossen am 28. Juni ganz Steglitz unter Terror hielten und jeden Reichsbannermann, der sich auf der Straße zeigte, niederschlugen, bietet wieder einmal einen schlagenden Beweis dafür,

wie unzureichende polizeiliche Ermittlungen zu einem gerichtlichen Ergebnis führen, gegen daß sich das elementare Rechtsgefühl einfach aufbäumt.

Die Nationalsozialisten haben an einem Abend an dem Duppelpfad gegen die heimkehrenden Reichsbannerleute eine regelrechte Schützenlinie gebildet. Später wurden auf dem Platz zwölf Patronenhüllen gefunden, die mindestens fünf verschiedenen Pistolen entstammten. Unmittelbar in der Nähe des Tatortes wurde der Angeklagte Degener mit einer Viskupipistole und eine Walterpistole verhaftet, die noch mit fünf Patronen geladen und dessen Lauf noch warm war; drei von den auf dem Platz gefundenen Patronenhüllen gehörten zweifellos zur Walterpistole. Die Ermittlungen wurden aber so geführt, daß die Zeugen, auf die sich die Anklage einzig und allein stützte, in der Verhandlung versagen mußten, weil sie eben unter dem Eide bemüht waren, die Wahrheit zu sagen, da sie nicht, wie dies die Nazis gewöhnlich tun, mit einer organisierten Lüge in den Gerichtssaal gekommen waren. So blieb dem Gericht nichts anderes übrig, als die Nazis freizusprechen, trotz der schweren Verdachtsmomente, die, wie es in der Urteilsbegründung hieß, gegen sie vorhanden waren.

Der Angeklagte Degener, bei dem die Walterpistole gefunden worden war, gelang es, sich mit der üblichen Lüge herauszureden, ein Genosse sei auf ihn unmittelbar nach den Schüssen zugestürzt gekommen und habe ihm die Pistole übergeben. Auch das war dem Angeklagten nicht zu widerlegen. Der Staatsanwalt beantragte aber gegen diesen merkwürdigen zweifachen Revolverbesitzer nur 6 Monate Gefängnis. Das Gericht ging aber über das Strafmaß beträchtlich hinaus. Man kann ruhig sagen: Die Ermittlungen wären wohl anders geführt worden, wenn es sich nicht um Nazis gehandelt hätte. Dann hätte die Verhandlung aber auch ein anderes Ergebnis gezeitigt.

# Gronau in Friedrichshafen

Der Weltflieger Wolfgang v. Gronau ist, nachdem sich die Witterungsverhältnisse über den Alpen gebessert hatten, entgegen den ursprünglichen Dispositionen doch noch am gestrigen Mittwoch nachmittag gegen 2 Uhr in Genua gestartet und hat am späten Nachmittag nach Ueberquerung des Alpenmassivs eine Zwischenlandung in schweizerischen Gewässern vorgenommen. Von hier aus wird er am heutigen Donnerstag mittag nach Friedrichshafen weiter fliegen, wo in den Dornier-Werken in Manzell ungefähr um 2 Uhr nachmittags die feierliche Begrüßung des Weltfliegers auf deutschem Boden stattfinden wird.

Wetter für Berlin: Bormorgend bedeckt, nur vorübergehend etwas aufheiternd, düstlich bis neblig, schwacher Ostwind. — Für Deutschland: In Süddeutschland bedeckt mit geringem Niederschlag, düstlich bis neblig, sonst überall bedeckt, nur vorübergehend etwas aufheiternd, düstlich bis neblig, zeitweise vereinzelt etwas Rässe, schwache östliche Winde, Temperaturen unverändert.

# Papens Fiasko in der Sozialpolitik

## Sensationelle Feststellungen der Reichsanstalt über die Bedürftigkeitsprüfung

Seit Wochen beschäftigt sich die Öffentlichkeit mit den unsinnigen Ergebnissen, die die Papenische Lokalfürsorgeverordnung vom 5. September d. J. erzielt hat. Selten hat eine Verordnung größere Verwirrung, Erbitterung, größere Ungerechtigkeiten und Bereicherungsmöglichkeiten geschaffen als diese. Aber während noch die Anklagen gegen diese unhaltbare Regelung auf dem Gebiet der Löhne sich täglich mehren, wird gleichzeitig — und in diesem Falle bemerkenswerterweise sogar durch amtliche Feststellungen — offenbar, welche unerträglichen Zustände die erste Notverordnung der Papen-Regierung vom 14. Juni 1932 mit der Neuregelung der Arbeitslosenunterstützung hervorgerufen hat.

Bekanntlich war es die erste Tat der Papen-Regierung, durch diese Verordnung die durch hohe Beitragszahlung erworbenen Ansprüche der Arbeitnehmer in der Arbeitslosenversicherung auf die minimale Dauer von sechs Wochen zu beschränken und die Weitergewährung der Unterstützung alsdann von dem Vorliegen der sogenannten Hilfsbedürftigkeit abhängig zu machen.

Diese Hilfsbedürftigkeit sollte nach den Wünschen der Reichsregierung genau so wie in der kommunalen Wohlfahrts- (Armen-) pflege geprüft werden, und zwar nicht durch die Arbeitsämter, sondern unmittelbar durch die Gemeinden.

Die Neuierung wurde damit begründet, daß es auf diese Weise möglich sein würde, eine individuelle Prüfung der Verhältnisse der Arbeitslosen und eine dem Einzelbedarf angemessene Festsetzung des Unterstützungssatzes durchzuführen.

Daß diese Regelung zu völlig unmöglichen Ergebnissen führen mußte, konnte damals bereits jedem Sachverständigen klar sein. Die Gewer-

die außerordentliche Unterschiedlichkeit der Wohlfahrtsrichtsätze in den Gemeinden, die für die Hilfsbedürftigkeitsprüfung maßgebend sind, die Arbeitslosen in nahe beieinanderliegenden Gemeinden mit völlig gleichen wirtschaftlichen Verhältnissen in ihren Sätzen völlig verschieden stellt, daß auch bei der Anrechnung von Einkünften und von Gelegenheitsverdiensten keinerlei Einheitlichkeit zu verzeichnen wäre, daß vielmehr in ganz großem Umfang jede einzelne Gemeinde die Hilfsbedürftigkeit schematisch im Umfang der bei ihr geltenden Richtsätze anerkennt, und daß die Behauptungen der Gemeinden, „es sei aus der intimen Kenntnis der Gemeinden über die Verhältnisse ihrer Ortsansässigen eine weitgehende Individualisierung“ möglich, einwandfrei widerlegt sind.

Dies gelte sowohl für die großen und mittleren, wie auch für die kleineren Gemeinden. Denn es stelle sich heraus, daß auch dort die Individualisierung nur eine scheinbare sei, und daß die immer wieder feststellbare, von den Richtsätzen abgehende besondere Behandlung der verschiedenen Fälle auf einer willkürlichen und gefühlsmäßigen Handhabung aufgebaut sei.

### Warum Unterstützung abgelehnt wird

In welcher Weise gerade in diesen kleinen Gemeinden verfahren wird, davon gibt die Begründung zahlreicher abgelehnter Unterstützungsanträge ein Bild. So wird die Unterstützung abgelehnt, weil der Antragsteller noch nicht lange ortsansässig ist, oder „weil er Wanderarbeiter ist“; einem Arbeitslosen wurde die Unterstützung abgelehnt, „weil er sich in letzter Zeit einen Füllhalter gekauft (!) hat“. In einer anderen Gemeinde wurde die Ablehnung begründet mit dem Bemerkten, „daß vor 50 Jahren, wenn jemand keine Mittel zum Leben gehabt habe, er den Besseren ergreifen mußte, und so mag der Arbeitslose das auch heute noch tun“.

Daß auch verwandtschaftliche und politische Verbindungen für und gegen die Arbeitslosen gerade in den kleineren Gemeinden eine Rolle spielen, wird mehrfach dargetan.

### Willkür bestimmt

Wie willkürlich bei der Hilfsbedürftigkeitsprüfung durch die Gemeinden verfahren wird, geht besonders auch aus der großen Zahl der Fälle hervor, in denen auf Einspruch die ursprünglich abgelehnte Unterstützung bewilligt oder statt einer niedrigen eine höhere festgesetzt werden mußte. Daß, wie das Gutachten kritisch bemerkt, vielfach erst gemeinsames Vortätigen werden und Demonstrationen der Arbeitslosen eine Nachprüfung der ursprünglichen Entscheidungen erzwangen, ist nur zu verständlich. Aber selbst bei ordnungsmäßigem Einspruchsverfahren mußte in einem ungewöhnlich hohen Prozentsatz der Fälle die ursprüngliche Entscheidung zugunsten der Arbeitslosen abgeändert werden.

In 20 tabellarisch zusammengestellten Fällen, in denen im ersten Gutachten der Gemeinde insgesamt nur 17 M. Unterstützung bewilligt worden waren, stieg diese Bewilligung nach zweimaliger Nachprüfung durch den Bezirksfürsorgeverband bis auf 153,50 M.

Im Landesarbeitsamt Rheinland wurden von 280 000 bis Ende Juli erstmals erstatteten Gutachten nicht weniger als 19 641 abgeändert, und zwar sämtlich zugunsten der Arbeitslosen.

Kraßer kann wohl die völlige Unzulänglichkeit der schematischen Gutachten der Gemeinden nicht beleuchtet werden.

### Unerfüllbare Aufgaben

Aber das völlige Versagen der Gemeinden, ebenso wie der Bezirksfürsorgeverbände erklärt sich leicht für jeden, der sich darüber klar ist, daß diesen Stellen eine Aufgabe übertragen wurde, die sie gar nicht erfüllen können! Denn es ist ein gewaltiger Unterschied, ob im Wege der Wohlfahrtspflege einzelne Fälle der Berührung individuell erfasst und betreut werden sollen, oder ob eine Millionenschar von arbeitsfähigen Arbeitnehmern, die das Klassenelend der Arbeitslosigkeit erleidet, versorgt werden muß. Nur zu wahr ist ja jener

Satz, den der Gemeindevater einer kleinen Gemeinde in Württemberg dem Arbeitsamt schrieb, daß nämlich

„jeder Arbeitslose, der wegen dem Verdienst in die Fabrik mußte, heute hilfsbedürftig ist“.

Weil dies so ist, darum ist die Durchführung einer Hilfsbedürftigkeitsprüfung gegen den arbeitslosen Arbeitnehmer an sich nicht nur eine Ungerechtigkeit, sondern eine Maßnahme, deren finanzieller Erfolg in keinem Verhältnis zu den ungeheuren Aufwendungen des erforderlichen Verwaltungsapparats und in keinem Verhältnis zu den sich im Einzelfall ergebenden Härten steht. Darum ist es aber vor allen Dingen auch grundsätzlich verfehlt, wenn schon der Unterstützungszug vom Nachweis der Mittellosigkeit abhängig gemacht werden soll, diesen Nachweis mit den Methoden der Armenpflege zu prüfen, weil diese Prüfung nicht nur in jeder einzelnen Gemeinde ganz verschieden ist, sondern weil sie auch zu völlig unterschiedlichen Leistungsfestsetzungen für Arbeitslose des gleichen Berufs und der gleichen Lohnklasse führt.

Das Gutachten verlangt zum Schluß

Übertragung der gesamten Prüfungen an die Arbeitsämter,

weil sie ihrem Aufbau und ihrem Aufgabengebiet nach die geeigneten Stellen seien. Darüber darf natürlich nicht vergessen werden, daß Vorbedingung für eine gerechte Durchführung des Gesetzes die Wiederherstellung einer gerechten Rechtsgrundlage ist. Papens Notverordnung vom 14. Juni 1932 muß verschwinden, die Versicherungsgrundlagen in der Arbeitslosenversicherung müssen wieder hergestellt werden, eine Arbeitslosenfürsorge zur Versorgung der Ausgezeichneten unabhängig von der Wohlfahrtspflege muß geschaffen werden!

## Curt Bois als Frankenstein Kabarett der Komiker

Das Kabarett der Komiker scheint sich jetzt ganz auf das überfüllende Stück einstellen zu wollen, nachdem es mit dem letzten Versuch in dieser Richtung so viel Erfolg gehabt hat. Curt Bois ist der Mann des Abends und das Stück heißt „Frankenstein's unheimliche Geschichten“. Kurt Robitschek und Friedrich Hollaender sind die Verfasser dieses Detektivstückes. Die nächstliegende Absicht ist klar, man will den Kriminalfilm nach Strich und Faden verulken, den Kriminalfilm mit dem unheimlichen Einschlag, und man hält sich als Vorlage an den „Frankenstein“, der freilich selbst schon eine halbe Parodie war (unfreiwillig), und bessere Vorbilder. Kurt Robitschek spricht sich über sein Bühnenkind sehr nett aus: „Die Form der Parodie, die Form der Groteske gibt Gelegenheit, all das, was wir im Leben ernst nehmen, zwei Minuten vor Abfahrt in die Tragödie ins Lächerliche umzubiegen. Wir wollen: bewussten Unsinn machen, des öfteren diesen Unsinn bis zum Bissinn steigern, keine Sekunde ernst sein. Wir wollen versuchen, ob es möglich ist, die Karikaturen über die kleinen und großen Lächerlichkeiten des Bühnenbetriebes, des Weltbetriebes, des ganzen Lebensbetriebes sinnlos nebeneinander zu stellen.“

Ausgezeichnet! Und so werden nun alle Geister der Ironie, des Miffs, der Satire, ja, und des Klamaus losgelassen, und Curt Bois hält diesen ganzen Zirkus in ununterbrochener Bewegung. Was für ein Teufelstanz, schmieglam, witzig, grotesk, verwandelt er sich als Meister der Detektivkunst in die verschiedensten Gestalten. Er klopft, er singt, er weiß über die Längen hinwegzutäuschen, die sich dann und wann einstellen. Er kann die stärksten Sachen noch mit Anmut sprechen. Hermann Krehan hat für wahrhaft unheimliche Bühnenbilder gesorgt, und Friedrich Hollaender aus dem Jähorn seiner musikalischen Einfälle splendid gesendet. Paul Morgan als Präsident des Selbstmörderklubs wirkt wirklich gruselig, der phantastisch kostümierte Chor unter Roma Wahns Führung (als stehender Bild) sorgt für die Stimmung, und der schöne Filmstar Olga Tschekowa ist ein entzückender Ruhepunkt in dem tollen Zauberspiel. Freilich, nicht alle Anspielungen sitzen, manches verpufft, aber das ganze ist doch eine prächtige Leistung.

Im Beiprogramm sieht und hört man mit Vergnügen wieder Paul Nikolaus als Konferencier zusammen mit der treuherzigen Maria Renz, die es dir hinter den Ohren hat. Dazu akrobatische Tänze und die bereits bekannte Nummer des blühenden Unsinns. D.

**Autab. Außerordentliche Generalversammlung** morgen, Freitag, 19.30 Uhr, in den Germania-prodhallen, Chausseest. 110. Prof. Dr. Landauer spricht über „Arbeitsbeschaffung durch Währungsreform“. Neben den Delegierten zur Generalversammlung sind die OB-Funktionäre eingeladen. (Einladung ist direkt ergangen.) Mitgliedsbuch und Funktionsausweis legitimieren.

### Siehe 1 Beilage.

Verantwortlich für Politik: Rudolf Brandemühl; Wirtschaft: G. Klingelbäcker; Gewerkschaftsbewegung: H. Steiner; Familien: Herbert Lebere; Leses: und Sonstiges: Fritz Karstädt; Anzeigen: Otto Hengst; sämtlich in Berlin / Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Druckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3. / Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise werden in jeder Boten-Ausgabe des „Vorwärts“ veröffentlicht.

## Der „überparteiliche“ Kanzler



„Fragt sich nur, wie lange ich mich noch so halten kann.“

schaften wiesen sofort darauf hin, daß „im-mense Wehrkosten, Verschleppungen und Erschütterung des Rechtsgefühls die Folge davon sein würden, daß man zwei in ihren Grundzügen völlig verschiedene Zweige, nämlich die Versicherung und die gemeindliche Fürsorge miteinander verbinden wollte“.

Das nunmehr vorliegende

### amtliche Gutachten des Prüfungsdienstes

der Reichsanstalt über die Durchführung der Hilfsbedürftigkeitsprüfung beweist, daß alle Befürchtungen, die man an die Neuregelung knüpfen konnte, sich nicht nur bestätigt haben, sondern noch bei weitem übertroffen wurden. Gleich zu Beginn stellt dieses Gutachten fest, daß die den Gemeinden zugestellten Fragebogen „zu einem erheblichen Teil verspätet und oft auch nur auf wiederholte Vorstellungen beim Arbeitsamt einliefen“, daß selbst innerhalb des gleichen Arbeitsamtsbezirks „das verschieden starke Interesse der Gemeinden an der Mitarbeit zwangsläufig zu verschiedener Behandlung an sich gleichgearteter Tatbestände“ geführt hat, daß „sich insbesondere in kleinen Gemeinden bei den Gutachten die sehr häufig verschiedene Grundhaltungen der einzelnen Gemeindevorsteher nachteilig für eine gleichmäßige Behandlung auswirkte“.

Ausdrücklich wird festgestellt, es sei selbstverständlich,

„daß der heutige Rechtszustand zu einer völlig ungleichmäßigen und infolgedessen auch sozial ungerechten Handhabung der Einzelfälle“ führe.

Vor allen Dingen wird darauf hingewiesen, daß

## „Die Nacht zum 17. April“

### Künstlertheater

Einige entzückende Chargen spielen in dem Stück: Hermann Picha als Portier im Charlottenburger Wohnpalast mit Sammetbezug auf dem Treppengeländer, Fahrstuhl und Waschtische, die nie in Ordnung ist. Das gibt, auch vom Räumlichen aus, sofort eine knifflige Stimmung. Der Portier wird raunzen und auch vor Mietern, die ihm etwas Rundes in die Hand drücken, beide Zerberusaugen zudrücken. Und Picha raunzt gerade so, wie sich die Theaterbesucher auf den guten Plätzen den Portierknigge vorstellen. Eine Vorderhausbewohnerin ist ein prächtiges Monstrum der Reugierde und Klatschsucht. Gertrud Wolke, die vom heiteren Film kommt, beherrscht als vollkommene, häßlich-hübsche Komikerin diese lächerlichen Situationen ausgezeichnet. Da der erste Teil des Stückes immer auf der hochherrschäftlichen Treppe oder vor der Fahrstuhltür oder vor dem Splundenloch des Portiers spielt, fühlen sich die Besucher auf den besten Plätzen ganz zu Hause. Der ungarische Lustspielautor Ludwig Sillaghy kennt sich im Berliner Geschmack und Lokalgebrauch beinahe besser als seine mit Spreewasser getauften Kollegen aus.

Auf der gleichen herrschaftstreppe stellt sich der geniale Schauspieler Gabriel (Robert Hoeren) spielt ihn mit der befördernden Kinoverve und Familienblattwärme der Baronin entgegen, einer schönen und reifen Dame im Robedreh letzten Schreies, um ihr hartnäckig, bald küßlernd und bald schreiend zu gestehen: „Sie, gnädige Frau, müssen zu mir in den 4. Stock kommen, oder

ich...“ Darum wird glaubhaft, daß die Baronin nachts um 12 Uhr aus ihrem Ehebett steigt und sich aus ihrer Wohnung im 1. Stock zu dem Rimen Gabriel im 4. Stock hinausschleicht. Glaubhaft wird auch, daß Leopoldine Konstantin, die Baronin, den Rimen erschließt, weil er ihr, der 34-jährigen Ministergattin, die Ehre nimmt, und weil er ihr schlieflich mit Standalen droht.

Aber es handelt sich ja um ein raffiniertes Kriminalstück. Was bekennst sich die Baronin zum Mord und zum Entehrtwordensein. Doch siehe, es zeigt sich bald, daß sie log. Im fünften Bilde kommt heraus, daß der Baronin 16-jähriges Töchterchen entehrt wurde. Es hätte auch das Rätschen von Heilbronn oder die Bombardur gewesen sein können, ohne daß die Schönheit und Logik des Stückes zu kurz gekommen wäre. Aber unser Kriminaldichter ist ein moderner Mann, dem es gefällt, gerade die 16-jährige Jungfrau in die Klauen des teuflischen Theaterstars zu liefern.

Diese Ueberraschung, von Frau Konstantin mit Virtuosität, aber zu arg mit Herzensfalschheit und Krokodilstränen präsentiert, trönt das Kriminalstück. Und Heinrich Schrath, Gatte, Vater, Minister, Edelmann vom Scheitel bis zur Sohle, der Gegenspieler, bemahrt trotz aller Rimenprüfungen gefaschteste Kavalliershaltung.

So dachten sich alle Herrschaften auf den besten Plätzen das wahre, das ganz echte Leben. Und deshalb waren sie entzückt. Sie hatten übrigens durchaus Grund, mit der äußerlich glänzenden Vorstellung einverstanden zu sein. m. h.

## Herr Duske spart Waschzettel als Vortrag

Wenn ein Verlag von seinen neuer erschienenen Büchern Besprechungsexemplare verschickt, so legt er ihnen gleich fertige Besprechungen, sogenannte „Waschzettel“ bei, die selbstverständlich von Lob und Anerkennung überfließen.

Auch die Berliner Funktionäre scheinen zu diesem Brauch übergehen zu wollen. Die Notwendigkeit dazu mag teils eine Folge des raptiden Sachverständigenabbaus sein, teils von notwendigen Sparmassnahmen diktiert werden. Die Beamtenwirtschaft der Barone ist schließlich nicht billig. Daß die drei Verleger, die am Dienstag ihre Neuerwerbungen vor dem Mikrophon anpreisen durften, honorar erhielten, ist schwerlich anzunehmen. Sinngemäß hätten sie für diese Reklame sogar kräftig zahlen müssen.

Dabei hätte das Vortragsthema „Waschzettel“ gerade dieses Buch verlegt? Anregung für einen außerordentlich hörenswerten Vortrag sein können. Allerdings hätte dann von irgendeinem Werk aus der Vergangenheit des Verlages die Rede sein müssen, das es ganz besonders charakteristisch für die Tendenz dieses Verlages gewertet zu werden verdient und das durch seine eigenartigen Buchschicksale diese Heraushebung auch sonst vor den Hörern rechtfertigt.

Quälend peinlich wirkte der Hörbericht am Mittwoch aus dem Städtischen Obdachlosenasyl, der „Palme“. Die Obdachlosen wurden mit lieblicher Sachlichkeit vor das Mikrophon gestellt, vor dem sie nach bürokratischem Reglement ihre Schicksale herunterhalseln mußten. Von dem perzweifelten, dumpfen Döseln dieser Kermiten, das sich in ihren Worten manchmal andeutete, schienen der Rundfunkreporter und seine Assistentin völlig unberührt zu bleiben. —L.

# Beschäfts-Anzeiger

**Neu!** Chamotte-Kachelöfen **Neu!**  
in farbiger Glasur, 35 cm breit, 35 cm tief, 135 cm hoch, mit Rostfeuerung  
**nur 58.80 RM.**  
sind zu haben bei der  
**Berliner Töpferhütte G. m. b. H.**  
Berlin SO. 36, Schlesische Straße 42  
Fernsprecher Amt F. 8, Oberbaum 0319  
Geschäftszeit: Montag bis Freitag von 8-16 Uhr,  
Sonnabends von 8-13 Uhr.  
**Fliesenarbeit - Baukeramik**

**Buchdruckerei Richter G. m. b. H.**  
Bln. - Charlottenburg 5  
Sophie-Charlotte-Straße 15  
am Bahnhof Wustrow / C. 4. Wk. 3225-26

**Garantiert Vollreffkäse**  
erhältlich in  
**allen Konsum-Verkaufsstellen**  
Käseerei Schmolling  
NW 21, Perleberger Straße 12, Hansa 1311

**Gebr. Löffler**  
Berlin O 17, Ostbahnhof 1224  
**Kartoffelgroßhandlung**  
kaufen und verkaufen alle Sorten  
Speisekartoffeln waggonweise

**+ BANDAGIST**  
Lieferant  
sämtlicher Krankenkassen  
sowie städtischer  
und staatlicher Behörden  
BERLIN N. 54  
Brunnen-Str. 166  
**LANGE**

**VOLCK & GNÄDIG**  
Reparatur-Werkstatt  
mit eigener Schweißanlage für graph. Maschinen  
Rotation-, Tiefdruck- und Offsetmaschinen  
**Umzüge kompletter Druckereien**  
Berlin SW 61, Gitschiner Str. 15  
Tel.: F 1, Mpl. 3677. - Nachtruf: G 5, Südring 0323  
F 2, Neukölln 4639.

**Bandagen-Lüneberg**  
Wallstr. 56, unweit Jannowitzbrücke  
Bruchbänder - Leibbinden  
Gummistrümpfe - Plattfüßeinlagen  
Eigene Fabrik und eigenes Heilmittel-Institut  
Lieferant für sämtliche Krankenkassen

**Fenster- und Gebäude-Reinigungs-Gesellschaft m. b. H.**  
Berlin SO 36, Schlesische Str. 42  
Fernruf: F 8, Oberbaum 3553-54  
**Billigste und zuverlässigste Ausführung**  
aller Reinigungsarbeiten / Bohrer- und  
Oelmaschinen / Staubsauger / Vertreter-  
besuch jederzeit unverbindlich

**PAUL REIMANN**  
**Bau- und Nutzholz**  
Verkauf Nord- und Ostdeutscher Säge-  
werksproduktionen / Nord Hobeldielen  
Berlin-Neukölln, Richardstr. 73-74  
Fernsprecher: F 2 Neukölln 4329

**Butter-Heinze**  
Filialen in allen Stadtteilen

**Dacharbeiten,**  
Neu- und Umdecken in Ziegel,  
Schiefer, Pappen. - Kosten-  
anschläge unverbindlich  
Zuschriften unter C. P. 100 an die  
Expedition des „Vorwärts“.

**Hermann Lorenz** Invaliden-  
straße 101  
Kaffee, Tee, Kakao, Eiskaffee seit 1877  
**Lorenz**  
**Kaffee**

**Dachpappen-Verkauf etc.**  
zu billigsten Fabrikpreisen  
**Theodor Seibel**  
Dachdeckermeister, Leiterrüstungen  
Berlin-Hariendorf  
Prähstraße 26 / Tel. Südring 1912

**Otto Schubert**  
Neukölln  
Bergstraße 155  
**Optik / Bandagen**  
Lieferant sämtlicher Krankenkassen

Verlange in  
**Harzkäse**  
nur  
„Garbolzumer ist das Beste!“  
„M. S. tadello!“

**STOLPER JUNGHEIN**  
VOLLFETTER CAMEMBERT  
In allen Butter- und Käsegeschäften  
zu haben [107]

**Fleisch Wurst**  
**Willy Hanka**  
Brunnenstr. 121 - 122  
billig gut!

**Gericke & Wolfram**  
Eisenwarenhandlung  
Berlin-Weißensee  
Gericke Allee 20

**Friedrichshagener Baugenossenschaft**  
c. G. M. B. H.  
**Hoch- u. Tiefbau**  
Fernruf: Friedrichshagen 8524 und 8525 R. 197  
**BERLIN-FRIEDRICHSHAGEN - KLUTSTR. 8**

**Fleisch Wurst**  
**Willy Miething**  
Friedrichshagen, Friedrichstr. 97  
billig gut

**Elektro-Motore**  
Ankerwickel, Reparaturwerk, Prüfstation, Reservemotore, Störungshilfe  
**Georg Worbs** Berlin SW 61  
Gitschiner Str. 5  
Tel.: F 1 Moritzplatz 3021

**ARBEITER!** Deckt euren Bedarf in  
Eisenwaren, Werkzeugen,  
Haus- u. Küchengeräten bei  
**ERNST WIESE,** Berlin O 34,  
Frankfurter Allee 16

2 KAPELLEN TAGLICH TANZ  
„MUNZHOF“ MONZSTRASSE ECKE  
WARME KÜCHE DRAGONERSTRASSE  
GUTE BIERE

**B. WOLLENBERG**  
am Alexanderplatz im Berolina-Hochhaus  
**BIER- UND SPEISERESTAURANT**

**August Krauss** Bin. - Tempelhof  
Germaniasir. 143  
Tel.: Südring 3961  
Spezial-Bauausführungen:  
Drahtputz-, Zug- und Bildhauerarbeiten

**Billiger Fleischverkauf**  
**A. Schünemann**  
Wrangelstraße 30

**Märkischer Fleischkonsum**  
Hermann Pohle  
Palisadenstr. 29 Strausberger Str. 34

**Stempelfabrik**  
**Werner & Schade**  
Berlin N, Kastanienallee 43  
Fernsprechanschluß: Humbold 1011  
Lieferant  
Kautschuk- und Metallstempel prompt

**GERMANIA-PRACHTSALE**  
CARL RICHTER  
Berlin N 4, Chausseestr. 110 :: Weidendamm 6103 u. 6080  
Säle für Festlichkeiten, Kongresse usw. bis 1200  
Personen fassend zu den günstigsten Bedingungen R. 126  
Gute Küche :: Gepflegte Biere :: Solide Preise

**Rollin-Mostrich**  
**Rollin-Essig**  
N 58, Eberswalder Str. 29

**Kurbad Ostend**  
Tägl. geöffnet / Boxhagener Str. 17

**Karl Zacher**  
Nachf.  
**In- und ausländische Früchte**  
C 25, Dirdsenstraße 48/49  
Telephon: Weidendamm D 2 0255  
Telex: CS 1021

**Restaurant**  
**Albert Kreklow**  
Berlin C 2, Neue Promenade 7  
Fernruf: D 2 Weidendamm 7000  
Angenehmer Aufenthalt für Familien,  
Gesellschaften und Vereine!  
Prompteste Bedienung! - Gutgepflegte Getränke!  
Allen Freunden und Genossen halte mich bestens empfohlen

**Ruderer und Segler**  
verlangt beim Einkauf nur  
**Krapkol-Bootslack**

**Stahldraht-**  
**matratzen „Geko“**  
Garantiert beste Qualität  
Raumsparende Verwandlungsmöbel  
erhältlich auch im Konsum-Warenhaus

Fachgeschäft für Druckereibedarf  
**M. Mühl & Co.**  
Spezialität: Textilien aller Art  
Fernsprecher:  
F 6, Bärwald 2503 (Sammel-Nummer)

**Wollhaus**  
**Max Boeldicke**  
Chausseestr. 67 Zossener Str. 28  
Lindenstr. 113 Pankow:  
Breite Ecke Mühlentstr.

**Grändorf & Zechendorf**  
Eisenkonstruktion  
Kleisenbau  
Schlosserei  
Berlin SO 36, Waldemarstraße 43

**Gebrüder Manns**  
**Butter-Handlung**  
Filialen in allen Stadtteilen

**1a frische Voll- u. Buttermilch**  
sowie Kaffee-, Schlags- und saure Sahne  
in bester Qualität zu haben in  
**allen Konsum-Verkaufsstellen**  
**W. Meyer**, Milchgroßhandlung, Berlin-  
Weißensee, Friedrichstraße 22-26.  
Weißensee 1203

**Bevor Sie Möbel kaufen**  
besichtigen Sie meine Ausstellung  
Zahlungserleichterung ohne Aufschlag, bei Kassa 5%  
**JULIUS KIWI** Tischlermeister  
Berlin N, Chausseestr. 60

**Steppdecken,**  
**Daunendecken,**  
direkt vom Hersteller, aus erster Hand,  
daher billig und reell!  
**Bettenhaus Schöner, SO.,**  
Oranienstraße 2

„Vorwärts“-Leser kauft in den Geschäften, die im „Vorwärts“ inserieren. Dort werdet Ihr gern gesehen!

# Kirchenwahlen und Sozialismus

Ein offenes Wort / Von Pastor i. R. H. Francke

Für das Gros unserer Parteigenossen ist mit der Erfüllung der Wahlpflicht am letzten Sonntag eine Atempause eingetreten. Nicht für alle. Diejenigen, die als Mitglieder der evangelischen Kirche eine Mitverantwortung für deren Zukunftsentwicklung haben, dürfen sich noch keiner Entspannung hingeben. Bis nächsten Sonntag, den 13. November, wird ihre Kraft, ihr Propagandawille und ihre Bereitschaft noch gebraucht — zu einem Nachhütgeficht! Als solches kann man die diesjährige evangelische Kirchenwahl bezeichnen, die in ganz Preußen am nächsten Sonntag die Körperlichkeiten der evangelischen Gemeinden erneuern soll. Sie wird überwiegend in den Mittagsstunden, in den Großstädten zumeist in der Zeit von 11 Uhr bis nachmittags 17 oder 18 Uhr stattfinden, größtenteils in den Kirchengebäuden selbst, vereinzelt auch in Gemeindepalästen oder gemieteten Lokalen. Freilich sind nur diejenigen Parteigenossen wahlberechtigt, die sich bis zum 17. September d. J. in die kirchliche Wählerliste hatten eintragen lassen. Die Bestimmung, die das Kirchenwahlgesetz in dieser Hinsicht getroffen hat, ist direkt von der Absicht geleitet, die Beteiligung an der Wahl auf „kirchlich Interessierte“ einzuschränken. Man rechnete damit, daß sich städtische oder ländliche Arbeitermassen zu den „kirchlich Interessierten“ nie hinzufinden würden. Diesmal ist es nun aber doch gelungen, in einer ganzen Anzahl proußischer Gemeinden die Arbeitermassen mobil zu machen. Wir haben Zehntausende von Eintragungen in Berlin, in der Mark, in Schlesien, Sachsen, Westfalen und der Rheinprovinz erzielt, Eintragungen aus den Reihen der SPD. Es wird alles darauf ankommen, daß diese eingetragenen Genossen ihre Kirchenwahlrecht ausüben, daß sie am Sonntag sich der kleinen Mühe unterziehen, zur Wahl zu gehen und ihre Stimme für den Wahlorschlag der „Religiösen Sozialisten“ abzugeben, der entweder durch diese Bezeichnung (resp. durch die Bezeichnung „Volksbund evangelischer Sozialisten“) oder durch den Namen eines sozialdemokratischen Spitzenkandidaten kenntlich gemacht ist. Werden sie sich dadurch als „kirchlich interessierte“ Leute offenbaren? Jamohl, sie werden es. Sie werden aber die Scheu, daß ihnen das den Vorwurf des Rückwärtseigentums eintragen könnte, zu überwinden wissen. Es ist ja doch Verdrehung der Tatsachen, daß sich ein Mensch, der an religiösen und kirchlichen Dingen Anteil nimmt, damit der Reaktion verschreibt. Er hat vielleicht umgekehrt einen klareren Blick als andere dafür, daß die Emanzipation der Kirche von ihrer bisherigen Tradition das dringendste Gebot der Stunde ist, und daß es ein Verrat an sozialistischen und demokratischen Idealen ebenso wie an christlichen wäre, die machtvolle Institution der Kirche als Instrument der Volksbeeinflussung in den Händen konservativer gerichteter Autoritäten zu belassen. Im Wesen der Kirche liegt es nämlich nicht begründet, daß sie eine Verkörperung reaktionärer Tendenzen wurde. Die Kirche ist ihrem Wesen nach eine Organisation zur Bewirklichung des neutestamentlichen Christentums. Und dieses neutestamentliche Christentum steht geradezu im Gegensatz zur Autoritätsgläubigkeit. Es wendet sich an die freie persönliche Überzeugung des einzelnen. Das neutestamentliche Christentum ist nicht konservativ, sondern revolutionär; es predigt eine Umwertung in der Menschenbeurteilung mit so grundstürzender Gewalt, daß weitestenteils dies bis heute nicht begriffen haben. Das ursprüngliche Christentum hat von den Enterbten und Bedrückten das Minderwertigkeitsgefühl genommen, das nach dem Wunsch und Willen von Priestern und Baronen auf ihnen lastete. Es hat dieses Minderwertigkeitsgefühl geradezu verlagert auf die Schicht der Dünkelhaften und Selbstgerechten, die aus ihrer Mitte die Herrschenden, die „Führernaturen“ zu wählen sich berufen wähnten. „Ihr seid das Salz der Erde nicht, ihr seid die Leuchten der Welt!“ ruft Christi Wort und Schicksal den Mächtigen dieser Erde zu, den Hohenpriestern und Herrschern seiner Zeit. Das muß man wissen, um sich den Schlaf aus den Augen zu reiben und zu erkennen, welchen Forderungen die Kirche eigentlich zu dienen hätte. Dann wird man sich klar darüber werden, wie ungeheuerlich der Anspruch unserer politischen Rechtsparteien ist, in der Kirche ausschlaggebend zu bleiben und wie kleinstimmig der Verzicht sozialdemokratischer Protestanten wäre, die Kirche kampfflos den Kreisen traditioneller menschlicher Ueberheblichkeit zu überlassen. Ist denn der Monarchismus, der gegenwärtig wieder sein gekrontes Haupt zu erheben magt, kein Widerspruch gegen die Bruderschaftslehre des Evangeliums? Ist der Nationalismus unserer Völkischen und „Deutschbewußten“ keine Verleugung der Einheit unter den Völkern, die die Voraussetzung des Reiches Gottes auf Erden bildet. Es klingt sehr hehrlich, nicht wahr, wenn der Nationalsozialist Goebbels in seiner Rede im Sportpalast zu Berlin am 24. Oktober sich bis zu dem Wahnsinn versteigt: „Erst dann ist der Nationalismus voll-

kommen, wenn jedem Deutschen der letzte Strafenfeger des eigenen Landes näher steht, als der König einer anderen Nation!“ Auch dann, Herr Goebbels, wenn der Strafenfeger ein Lump ist, vielleicht ein Verräter am Klasseninteresse des Proletariats? Der König aber etwa ein Gandhi, der für die Parias seines Volkes sein Leben aufs Spiel setzt? Erbärmliches Geschwätz, das sich weder seiner Unlogik bewußt ist, noch seiner himmelweiten Ferne vom leisesten Verständnis wahren Christentums. Und diese Art Politiker gibt die Parole aus, daß bei der diesjährigen Kirchenwahl die Parteien des Nationalismus und Militarismus

das Übergewicht in der evangelischen Kirche erlangen müßten, damit „christliche Ehrbarkeit, Frucht und Sitte“ am Wiederaufbau des deutschen Reiches hervorragend mitwirken können. Eine feine christliche „Ehrbarkeit“, die unter den Völkern den Haß schürt, auf die Gefahr hin, daß uns ein neuer Krieg beugelt, und die zugleich im eigenen Volk die Rohheit und Gewalttätigkeit zur Förderung des Tages erhebt gegen jeden, der die Verblendung dieser „Christen“ nicht mitmacht. Parteigenossen, wenn ihr noch eine Spur Ehrfurcht vor dem Christus des Evangeliums habt, wenn ihr um deswillen der evangelischen Kirche

noch eine Anhänglichkeit bewahrt, über die ihr euch selbst kaum Rechenschaft gabt, so helft diese Kirche aus den Fesseln befreien, in die sie Fanatismus und berechnende Willkür geschmeißelt haben. Zerreißt das letzte Band, das sie mit Staatsinteressen verkettert. Staatskirchentum ist undärschlich! Stellt sie auf eigene Füße und sorgt dafür, daß ihr Fundament wieder die Magna Charta des Evangeliums werde, der Ruf nach Gerechtigkeit und Solidarität unter den Menschen aller Völker, unter den Entrechteten der Geplagten der ganzen Erde.

Geht am nächsten Sonntag zur Wahl in der für euch zuständigen Gemeinde und gebt eure Stimme, sofern ihr wahlberechtigt seid, und sofern dort ein Wahlorschlag der religiösen Sozialisten vorliegt, für diese Liste ab. Zeigt euch einmal in diesem Sinne „kirchlich interessiert“, ihr, die ihr bewußte Sozialdemokraten und zugleich evangelische Christen seid, die auf ihr Christentum etwas halten.

## Prof. Emil Fuchs: Die Rettung der Moral — durch die Oberflächlichkeit

Ja! — Durch die Oberflächlichkeit! Wenn ein für ein Volk verantwortungsvoll handelnder Mann an ein so schweres Problem geht, so darf er es nicht tun ohne eingehende Kenntnis über auf diesem Gebiet vorliegenden Probleme.

Es darf ihm nicht passieren, daß er Dinge verbietet, die längst vom Volke selbst abgelehnt und abgeschafft worden sind, wie die Nacktdarstellungen in Kabarett usw. Es darf ihm nicht passieren, daß er zwei so entscheidend einander entgegengesetzte Dinge miteinander vermischt, wie es die Fritivolität solcher Nacktdarstellungen ist, die Prostitution ist, die er gar nicht erwähnt, und wie es im Gegenteil dazu jenes gesunde, reine Streben ist, der Pruderie Herr zu werden, die der körperlichen und noch mehr der seelischen Gesundheit des deutschen Volkes so unendlichen Schaden tat. Und es darf ihm schließlich nicht passieren, daß er im begeistertsten Eifer, des deutschen Volkes „Sittlichkeit“ zu schärfen und zu bauen, tatsächlich nur seine eigenen politischen Zwecke verfolgt und meint, wie es in dem Erlaß selbst schon bedenklich herbeileuchtet und noch deutlicher wird, wenn man den Erlaß des Herrn Dr. Bracht mit dem Vorgehen unserer Regierung auf dem Gebiet des Rundfunks und der Kunst vergleicht.

1.

Warum wohl werden Nacktheit in Kabarett, Schankstätten usw., Nacktheit in den Bädern und Nacktheit in Freikörperschulen usw. in dieser unglaublichen Weise zusammengepackt und zusammen verboten? Ist es nicht dieselbe Methode, die man übt, wenn man alle, die ernsthaft über die Frage der Erneuerung der sexuellen Sittlichkeit, der Ehe- und Scheidungsregelgebung, der Eugenetik nachdenken, zusammenwirft mit denen, die eine Lösung aller Verantwortung auf dem Gebiet des Sexuellen zugunsten wider Hingabe an persönliche Lust erstreben? Mit dieser Methode hat man bis jetzt jeden vernünftigen und notwendigen Fortschritt auf dem Gebiet der sexuellen Ethik sehr zu erschweren vermocht. Nun werden wir alle, die wir es als einen ungeheuren sittlichen Fortschritt empfinden, daß man dem Körper gegenüber unbedingten geworden ist, daß nicht nur die Beherateten, sondern auch die Jungen zusammen Boden, Turnen, Sport treiben, die wir glauben, daß dadurch gerade das Unwahrhaftige, Lüsterne, Niedrige der sexuellen Begierde beseitigt wird, wir werden mit denen zusammen genannt, die Nacktheit in Kabarett und Schankstätten lieben. Es wird die Ausreizung der Lüsterheit verboten zugleich mit dem, was durch gesunde Natürlichkeit gerade der Lüsterheit und Gemeinheit entgegenwirken will. Es sollte doch wirklich niemand wagen können, in solchen Dingen etwas zu befehlen, der nichts weiß von den schweren Gefahren und seelischen Verdrängungen, die aus der Pruderie, aus dem Verdrängen und Verbergen der Sexualität entstehen. Wer aber von diesen fürchtbaren Gefahren etwas weiß, der weiß auch, daß nur ein Volk gesund bleiben kann, das sich offen und klar und rein zur Sexualität bekennt, als einer großen, heiligen, edlen Sache — allerdings einer Sache, die mit großer Verantwortung erlebt und gehalten werden muß. Aber mit jenen Methoden des Verdrängens, des Verhüllens, des Nichtdavonredens, des Nichtsanktionierens usw. erreichen wir das Gegenteil von Verantwortung und Reinheit. Die nordischen Völker, wie Schweden, sind nicht hinter uns zurück, sondern vor uns voraus, wenn sie das nackte Baden als etwas Selbstverständliches empfinden.

Es ist auch völlig falsch, von einer sinkenden Sittlichkeit in unserem Volk zu reden. Wer von uns Älteren mit christlichem Auge zurückblickt auf seine Jugendzeit, der weiß, daß unter Studenten — und unter den Alten — im ganzen Volksleben — die Stellung zum Sexuellen sehr wenig verantwortungsbewußt war, sehr wenig edel und rein — nur öffentlich mußte gebedeutet und verhüllt werden. Heute sieht man mehr

im öffentlichen vom Sexuellen — ja — aber unsere Jugend denkt auch über diese Frage ganz anders und mit ganz anderer Verantwortung nach als früher. Jungen und Mädchen baden miteinander. Sie wissen aber auch, was es heißt, Väter und Mütter kommender Geschlechter werden zu sollen, und sie suchen dieser Verantwortung bewußt zu bleiben. Gewiß, es ist vieles noch so, wie es nicht sein sollte und dürfte. Aber, was so ist, kommt gerade von dort her, von wo aus man nun dem Volke verbieten will, seinen Weg der offenen Stellung zu diesen Dingen weiterzugehen. Vielleicht ist es kein Zufall, daß man von dort aus das gemeinsame Baden und die Körperkultur so nahe an dem Varieté und den Schankstätten steht für die Masse des Volkes, für die Masse derer, die in diesen neuen Bestrebungen leben, ist es anders. Für sie ist das Bekenntnis zum Körper und zur Körperkultur nicht Fritivolität, sondern Verantwortung und Reinheit und Gewissensaufgabe, den Gefahren der Verdrängung und Verbiegung beim kommenden Geschlecht zu wehren.

2.

Man glaubt, das Volk benormunden zu müssen. Hinter diesen Verboten und Erlässen, hinter den Verböten, die Zensur einzuführen und den Rundfunk zu reglementieren, steht jener naive Glaube, mit dem Ludendorff im Krieg den Widerstandswillen des Heeres und Volkes durch Vorträge und Reden aufrechterhalten wollte, während er ihn durch Lügen, durch Gehelassen der Hungerdemoralisation, der ungerichten Verteilung der Lebensmittel zerbrach. Aus der Tiefe des Volkes steigt ein unendlicher Lebenswille und eine mächtige Bewegung der Verantwortung auf, die gerade auch das Geschlechtliche mit einbezieht und gerade hier die Verantwortung deutlich machen will für alle. Statt daß man diese Bewegung der Jugend, der verantwortungsbewußten Alten, die der Jugend nahesteht, benützt und begrüßt, hemmt und reglementiert man sie. Und man glaubt — wie alle Reaktionen immer glauben — man könne „Sittlichkeit“ schaffen mit Worten und Erlässen, während man gleichzeitig die Selbstbestimmung und Selbstverantwortung des Volkes auf allen Gebieten zu lähmen sucht — während man gleichzeitig zugunsten der Privilegierten und Beliehenden die Gesundheit des Lebens des Volkes aufs ernsteste gefährdet.

3.

Ja — es gibt eine ungeheure Macht der Demoralisation auch in den Tiefen des Volkes —, nicht nur bei denen, die es sich leisten können, teure Bäder und Varietés zu besuchen. Diese Macht der Demoralisation heißt „Erwerbslosigkeit“, die Tatsache, daß der junge Mensch mit 20, 21 bis 25, 30 Jahren an Heiraten, Ehe, Gründung eines Hausstandes nicht denken kann. Und diese Demoralisation bessert man nicht mit freiwilligem und nicht mit pflichtmäßigem Arbeitsdienst, sondern nur mit der deutlichen Hoffnung auf Ehe, auf Kinder, auf Familie. Wer nur einen Augenblick nachdenkt, der wird sich über die ungeheure Gefahr klarwerden, die darin liegt, daß unsere jungen Leute heute an Ehe und Familie nicht denken können. Aber wer darüber nachdenkt, der wird hier nicht mit Erlässen kommen, dem werden solche Erlässe in solcher Lage etwas merkwürdig vorkommen — oder sehr „politisch“ erscheinen.

Wer eine wirkliche sittliche Kraft und Zukunft in unserem deutschen Volke will, der muß heute allen seinen Ständen, vor allem aber seinen Besitzenden, denen, die noch höhere Gehälter empfangen und Einnahmen, Vermögen, Sachbesitz haben, deutlich machen, daß es gilt, alles andere zurückzustellen, gering zu achten vor der großen Pflicht, jedem jungen Deutschen die Möglichkeit der Ehe, der Familiengründung, der Erziehung gesunder Kinder zu geben. Geben wir sie ihm nicht, weil es uns wichtiger scheint, Großgrundbesitzer und Millionäre zu züchten als

Kinder, so werden wir mit keinem Erlaß dessen Herr werden, was daraus werden muß. Geben wir sie ihnen, dann wird die große, wundervolle Verantwortung unserer Klassen für Kinder und Zukunft die heilige Freude, die sie daran haben, uns die Volksstittlichkeit schaffen, die wir brauchen, wenn auch einige Trottel weiter in Varietés und Schankstätten unmoralisch sein werden. Wir meinen, daß wir der Regierung von Vapen recht deutlich sagen müssen: Nicht deine Erlasse, sondern deine Taten für die Familie der Volksmassen sind für uns der Maßstab deines Willens zur Sittlichkeit.

## August Winnig Ein Porträt

Der Rundfunk der Freiherren lehnte Paul Löbe als Sprecher am Gedentag der Revolution ab. Statt dessen sprach im Rahmen der Reihe „Erlebtes Leben“ — August Winnig über . . . „Pflicht ohne Ende“. Wir nehmen an, daß sich die Programmleiter des Gynismus bewußt waren, an diesem Tage diesen Mann mit diesem Thema herauszustellen.

Maurerlehrling ursprünglich, blieb Winnig, nachdem er seine Militärdienste abgedient hatte, weiter beim preußischen Kommissar, um es dort bis zum Unteroffizier zu bringen. Ein Dienstvergehen, daß ihm eine längere Festungshaft eintrug, beendete seine Militärlaufbahn. Nun hielt er es für gut, sich als Gegner dieses Kommissarstiebes bei der Sozialdemokratischen Partei anzubieten. In seinem Buche „Preussischer Kommissar“ geißelte er mit einer Fülle von Tatsachenmaterial die Soldatenmishandlungen. Er wurde Partei- und Gewerkschaftsmitglied, Redakteur des „Grundstein“ und stellvertretender Vorsitzender des Baugewerksbundes.

Dann kam der Krieg. Ein alter Gewerkschaftler erzählte uns, daß er August Winnig 1920 gelegentlich einer Eisenbahnfahrt traf und ihn fragte, wieso er während des Krieges nicht an der Front gewesen sei, da er doch gesund sei, aktiv gedient habe und die ersten Jahre in der Reserve gewesen sei. Darauf erklärte Winnig:

Man muß es eben schlaun anzustellen wissen. Als ich in den letzten Julitagen 1914 sah, daß sich die politische Lage immer mehr komplizierte, lag ich am Freitag vor der Mobilmachung abends in meinem Arbeitszimmer auf dem Sofa und sann darüber nach, wie ich mich vor dem Kriegsdienst drücken könnte. Ich ging am anderen Tage sofort zu meinem Hausarzt, der mir meine Dienstunfähigkeit bescheinigte. Ich wurde dann in jedem Jahre immer wieder mit der Einberufung bedroht. Im Jahre 1918 in den ersten Monaten war ich sogar schon einmal eingekleidet und erwartete den Befehl zum Ausrücken; ich wandte mich aber an die Zivilverwaltung, die mich dann für Propagandazwecke rekrutiert hat, so daß ich als gemeiner Soldat Vortrag vor Offizieren in Uniform gehalten habe.

Daß Winnig noch vor Ausbruch der Revolution Gouverneur im befreiten Ostpreußen wurde, ist bekannt. Nach 1919 ließ sich August Winnig auf der Weimarer Tagung des Baugewerksbundes also vernehmen: „Die deutsche Revolution muß sich auswaschen zur Weltrevolution, sonst ist sie ein Sturm in einem Glase Wasser.“ Seine ganze Rede war Kampfaufforderung für eine sozialistische Republik, die der „Weltrevolution die größte Schwungkraft geben“ würde. Und dann . . . ja dann kam mit dem 13. März 1920 der Kapp-Putsch und wer stellte sich sofort auf die Seite der Gegenrevolution? August Winnig! August Winnig, der auf die Weimarer Verfassung den Beamteneid geleistet, der darüber hinaus öffentlich für Republik, Sozialismus und Weltrevolution eingetreten war.

„Pflicht ohne Ende!“ Offenbar doch wie die Freiherrentregierung sie als mustergültig aufsaß.

